

Gerhard Hartmann
Jürgen Holtkamp

Die Kirche und das liebe Geld

Fakten und Hintergründe

topos premium

Inhalt

Warum ein Buch über die „Kirche und das liebe Geld“?	
(Ha/Ho)	9
Die „Kirche und das liebe Geld“: im Trommelfeuer der Kritik	
(Ha/Ho)	22
Die zwei Gesichter der reichen und der armen Kirche (Ho)	28
Die reiche Kirche	29
„Ach, wie möchte ich eine arme Kirche für die Armen“	36
Die „Kirche und das liebe Geld“: ein historischer Streifzug	
(Ha)	43
Als das Christentum zu uns kam	44
Die Situation gegen Ende des Heiligen Römischen Reiches	49
Die Umwälzungen in der Epoche um 1800	52
Wie es in Deutschland zur Kirchensteuer kam (Ha)	57
Die katholische Kirchensteuer in Preußen als Beispiel	60
Die Kirchensteuer kommt 1919 in die Verfassung	64
Wie die Kirchensteuer ab 1919 umgesetzt wurde	66
Was machten die Nazis mit der Kirchensteuer? – Zahlte Hitler Kirchensteuer?	68
Was geschah nach 1945?	69
Wie funktioniert nun in Deutschland die Kirchensteuer? (Ha) ..	71
Die gesetzlichen Grundlagen	71
Kirchensteuer bedeutet: Die Mitglieder finanzieren ihre Kirchen	74
Die Kirchensteuer ist sozial gerecht	75
Das große Missverständnis: der staatliche Einzug der Kirchensteuer	80

Verdient der Staat an der Kirchensteuer eigentlich zu viel?	84
Die Kirchensteuer als Sonderausgabe – werden damit die Kirchen subventioniert?	86
Die Abgeltungsteuer: „Viel Lärm um nichts!?“	87
Die deutsche Kirchensteuer ist kirchenrechtskonform und widerspricht nicht dem Neuen Testament	97
Die Kirchensteuer führte zu mehr Kontrolle	100
Wie viel wird an Kirchensteuern überhaupt eingenommen?	103
So manchen war und ist die Kirchensteuer ein Dorn im Auge	106
Die Diskussion um die Kirchenmitgliedschaft: das Herbeireden vom Ende der Kirchensteuer	111
Auch in Österreich finanzieren die Mitglieder ihre Kirchen (Ha) ...	118
Ein historischer Rückblick	118
Wie es in Österreich zum Kirchenbeitrag kam	121
Wie wird in Österreich der katholische Kirchenbeitrag berechnet?	124
Die Schweiz: ein besonderer Fall (Ha)	130
Die Vielfalt aufgrund der Kantone	130
Die demokratische Verfasstheit: das duale System	132
Wie sieht es anderswo aus? (Ha)	135
Italien: ein missverstandenes Vorbild	135
Spanien und Portugal	138
Frankreich	139
Benelux-Staaten	141
Skandinavien	143
Ostmitteleuropäische Staaten	145
Korea: ein christliches Hoffungsgebiet	149

Die „Träume“ von der „Kultursteuer“, von der „Gemeinwohl- abgabe“ und von Spenden (Ha)	150
Die „Kultursteuer“	150
Die „Gemeinwohlabgabe“	156
Der „amerikanische Traum“: Die Kirchen leben nur von Spenden	157
Die Kirchensteuer ist kein Auslaufmodell (Ha)	160
Die Staatsleistungen: eine unendliche Geschichte (Ha)	166
Die Kirchen verlieren ihre wirtschaftliche Grundlage	167
Die wirtschaftlichen Grundrechte der Kirchen	170
Die Staatsleistungen und deren Ablösung: eine unendliche Geschichte	171
Die negativen und weiteren Staatsleistungen (Ha)	181
Die negativen Staatsleistungen	181
Die Kirchen erhalten nur das, was auch andere bekommen: die Staatsleistungen im weiteren Sinn	182
Weitere Formen der Religionsförderung (Ha)	184
Der Religionsunterricht: Die Schule wurde von der Kirche erfunden	185
Die Theologischen Fakultäten: Mit ihnen entstanden die Universitäten	187
Die Militärseelsorge	188
„Ich bin im Gefängnis gewesen, und ihr seid zu mir gekommen“	189
Was macht die Kirche mit dem „lieben Geld“? (Ho)	192
Der kirchliche Haushalt	196
Wer kennt schon den Bischöflichen Stuhl und das Domkapitel? (Ha/Ho)	199
Der angeblich „große“ Immobilienbesitz der Kirche – eine „Blase“?	202
Not sehen und handeln: die Caritas	204

Vier konkrete Finanzbeispiele (Ho)	213
Das alte und große Bistum Münster	214
Das junge und kleine Bistum Essen	226
Das Erzbistum Wien als Beispiel für Österreich (Ha)	236
Eine „fusionierte“ Pfarre: Heilig Kreuz in Dülmen	240
Wie soll es weitergehen? (Ho)	246
Immer mehr Gläubige verlassen die Kirchen	248
Papst Franziskus und die Hierarchiekrise	254
Den Menschen in den Mittelpunkt stellen	259
Offen und ehrlich über Geld reden	262
Gedanken zum Verhältnis zwischen Staat und Kirche (Ha)	270
Einige Anregungen zum Weiterdenken (Ho)	279
Abkürzungen	290
Literatur	291
Anmerkungen	299
Personenregister	307

Bei den Hauptkapiteln wird mit den Kürzeln (Ha) [für Gerhard Hartmann] und (Ho) [für Jürgen Holtkamp] angemerkt, wer der jeweilige Autor ist. Gelegentlich steht bei Unterkapiteln ein anderes Kürzel als beim Hauptkapitel. Damit wird angezeigt, dass hier eine abweichende Autorenschaft vorliegt. Die Kennzeichnung (Ha/Ho) bedeutet, dass beide Autoren an diesem Haupt- bzw. Unterkapitel mitgewirkt haben.

Warum ein Buch über die „Kirche und das liebe Geld“?

Sie, liebe Leserin und lieber Leser, werden möglicherweise schon eine eigene Antwort auf diese Frage haben. Sie interessieren sich für die kirchlichen Finanzen und wollen mehr darüber erfahren. Vielleicht ist Ihr Motiv aber ein kirchenkritisches, oder Sie denken bereits an einen Kirchenaustritt. Vielleicht sind Sie auch neugierig, wollen „hinter die Kulissen“ der Kirchenfinanzen blicken und sich informieren. Wie auch immer, wir hoffen, zu allen diesen Motiven etwas beitragen und Ihre Fragen beantworten zu können.

Wir wollen das komplexe Thema Kirchenfinanzen sachlich darstellen. Wir sind aber insofern „tendenziell“, weil wir die Auffassung vertreten, dass die hauptsächliche Finanzierung der Kirchen durch ihre Mitglieder über die Kirchensteuer (bzw. den Kirchenbeitrag in Österreich) grundsätzlich sinnvoll und gerechtfertigt ist. Das bedeutet im Umkehrschluss aber nicht, dass wir alles für richtig oder zweckmäßig erachten, was in diesem Bereich seitens der kirchlichen Finanzbehörden bzw. der Bischöfe getan wird.

Es ist noch nicht lange her, da ist ein solcher über sein Finanzgebaren gestürzt. Mit dem „Protz-Bischof von Limburg“, wie die „Bildzeitung“ titelte, verbinden die Menschen Prunksucht, Verschleierungen und einen autoritären Führungsstil. Der Bischof von Limburg wurde nicht nur von den Medien an den Pranger gestellt, sondern auch seine Bischofskollegen haben sich letztlich – bis auf wenige Ausnahmen – von ihm distanziert.

Die Aufbruchsstimmung im Jahr 2005 durch die Wahl eines „deutschen“ Papstes und den Weltjugendtag in Köln wurde nach den Aufregungen um die Aufhebung der Exkommunikation des den Holocaust leugnenden Bischofs der Pius-Bruderschaft Richard Williamson (2009), nach der Affäre um den Augsburger Bischof Walter Mixa (2010) und nach dem Aufbrechen des Missbrauchskandals betreffend katholische Priester (ab 2010) bald zunichte gemacht. Die „Causa Limburg“ führte ab 2013 die katholische Kirche Deutschlands in eine weitere, schwere Vertrauenskrise. Diese betraf zum einen das bischöfliche Amt als solches und zum anderen den Umgang der katholischen Kirche mit ihren Finanzen. Wochenlang waren die Zeitungen, auch die überregionalen wie die „Frankfurter Allgemeine“, die „Süddeutsche Zeitung“, „Die Welt“, „Die Zeit“ u. a., voll von immer neuen Berichten und Enthüllungen über die Ver(sch)wendung kirchlicher Gelder. Dabei wurde nicht selten über das Ziel hinausgeschossen, und man konnte ernsthaft die Frage stellen, wie „seriös“ das eigentlich noch sein soll. Es ging manchmal sogar so weit, dass alle Bischöfe unter Generalverdacht gestellt wurden. Der „Fall Limburg“ wird noch lange Zeit nachwirken.

Aber die Ver(sch)wendung kirchlicher Gelder betraf nicht nur Limburg: Jahrelang war das Augsburger Medien-Unternehmen Weltbild, das bis 2014 einer großen Zahl von deutschen Bistümern gehörte, Thema vor allem in den Wirtschaftsseiten der Zeitungen. Anfang 2014 meldete dieses Unternehmen endgültig Insolvenz an. Unter rein finanziellen Aspekten war der Schaden für die Kirche bzw. die betreffenden Diözesen um ein Vielfaches höher als der in Limburg. Da aber ein konkreter personeller Bezug fehlte, an dem man sich „reiben“ konnte, war die „Causa Weltbild“ medial jedoch nicht so wirksam. Trotzdem wurden hier über Jahre hinweg Unsummen an Kirchensteuergeldern in den Sand gesetzt, weil man kirchlicherseits glaubte, sich in dieser Branche unternehmerisch betätigen zu müssen.

Um es mit deutlichen Worten auf den Punkt zu bringen: Den Kirchen bläst also seit Jahren der Wind ins Gesicht. Ihnen laufen

die Gläubigen scharenweise davon. Nur eine Minderheit nimmt am sonntäglichen Gottesdienst teil, und auch diese Gruppe schrumpft von Jahr zu Jahr. Ebenso tun sich insbesondere in der katholischen Kirche personell immer größere Lücken auf. Bischofsstühle bleiben länger als notwendig unbesetzt, und zwar nicht nur, weil „Rom“ so lange braucht, sondern weil es auch an geeigneten Kandidaten fehlt. Das ist eine Folge der seit Jahrzehnten sinkenden Priesterweihen und des daraus resultierenden dramatischen Priestermangels.

Ein Blick in die Priesterstatistiken der katholischen Bistümer zeigt nicht nur den hohen Altersdurchschnitt (über 63 Jahre) mit der Folge, dass immer weniger Priester immer größere Pfarrgemeinden leiten (müssen). Solche mit über 20.000 Gläubigen (man nannte sie früher „Seelen“) werden zur Regel, was verheerende Folgen für die Priester selbst und die Gemeinden nach sich zieht. Pastoraltheologen sprechen bereits von XXL-Gemeinden, und ein Ende dieser „Fusionitis“ scheint nicht in Sicht zu sein. Dass diese Zusammenlegungen nicht spurlos an den Gemeindemitgliedern vorbeigehen, ist eine betrübliche Tatsache. Und so werden mit jeder Fusion Ehrenamtliche und Engagierte eher abgeschreckt als an die neue fusionierte Großgemeinde gebunden. Zwar werden seit Jahren Alternativmodelle diskutiert, wie Laien stärker in die Leitung einer Pfarrgemeinde eingebunden werden können. (Das Kirchenvolk selbst hätte übrigens kein Problem damit, und so mancher Gemeindepriester tut dies bereits „unter der Hand“.) Aber noch ist das bei den allermeisten Bischöfen ein Tabu, die sich dabei nicht ungern auf kirchenrechtliche Bestimmungen oder gar auf scheinbar indisponible Dogmen berufen. Daran ändern leider auch die zarten Aufbrüche wie etwa im Bistum Osnabrück nichts. Dort wurden im Sommer 2014 von Bischof Franz-Josef Bode drei ehrenamtliche Laien für drei Jahre in einer ländlichen Pfarrgemeinschaft als Gemeindeleitungsteam beauftragt.

Im Windschatten dieser Entwicklung steht auch die dramatische Ausdünnung der Ordensgemeinschaften, und hier sind insbesondere die Ordensschwestern betroffen. Frauenklöster schlie-

ßen reihenweise, werden zusammengelegt oder zu klösterlichen „Altersresidenzen“ umfunktioniert. Da die weiblichen Ordensgemeinschaften oft Träger von Schulen oder Krankenhäusern sind, hat das schwerwiegende Folgen für deren Bestand. Mit Holdings behilft man sich bei den Krankenhäusern, und bei den Schulen hat z. B. die Erzdiözese Wien solche der Ordensgemeinschaften übernommen. Bei diesen spielt auch der gesellschaftliche Wandel eine große Rolle. Es wird nämlich vergessen, dass bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem im agrarischen Milieu der Eintritt in einen Frauenorden auch als „Versorgung“, mitunter aber auch als sozialer Aufstieg gesehen wurde. Diese Gründe sind nun weitgehend entfallen.

Dieser Trend trifft auch die männlichen Ordensgemeinschaften, und hier vor allem jene, die in den letzten rund 200 Jahren gegründet wurden. Ältere Ordensgemeinschaften üben – noch – eine gewisse Attraktivität aus. Das alles steht in einem Kontrast zu dem in jüngerer Zeit positiv konnotierten Begriff „Kloster“ (Tage im Kloster, Klosterküche, Klostergarten etc.). Die immer geringer werdende Bereitschaft junger Männer, ein Leben im Zölibat führen zu wollen, führt auch dazu, dass sich der Priesternachwuchs nicht mehr aus der Breite der volkskirchlichen Struktur rekrutiert. Es gibt eben nicht mehr den begeisterungsfähigen Jugendkaplan, der junge Menschen zu diesem Beruf animieren kann. Die Folge ist, dass jene, die unmittelbar nach dem Abitur bzw. der Matura die Ausbildung zum Priester beginnen, immer weniger werden. Der Typ des sogenannten „Spätberufenen“ nimmt zu, wobei sich darunter nicht selten „randständige“ Charaktere befinden, was sich wiederum auf den oben erwähnten Missbrauchskandal ausgewirkt hat.

Es knirscht also gewaltig im Gebälk der katholischen Kirche, wobei hier zum Teil auch die genannten strukturellen Gründe (u. a. Zölibat) maßgeblich sind, die man jedoch beheben könnte. Hinzu kommt noch, dass immer mehr hauptamtliche Mitarbeiter/-innen mit der (Lehr-)Meinung der Kirche nicht mehr konform gehen. Viele junge Menschen wollen erst gar nicht in der Kirche

arbeiten mit der Folge, dass die angebotenen kirchlichen Ausbildungsplätze öfter unbesetzt bleiben, auch weil die Auswahl an Bewerbern mit „katholischem Profil“ zusehends kleiner wird.

Selbst der Wohlfahrtsverband Caritas bekommt zunehmend Schwierigkeiten, geeignete Mitarbeiter/-innen zu finden. Hier macht insbesondere die kirchliche Grundordnung zu schaffen (siehe dazu ausführlicher S. 208f.). Eine Muslimin – möglicherweise mit Kopftuch – im Kindergarten, ein Konfessionsloser in der Erziehungsberatung oder ein geschieden-wiederverheirateter Chefarzt im katholischen Krankenhaus? Das sollte doch nicht sein! Oder etwa doch? Die Wahrheit ist eben konkret, und was in einem bischöflichen Papier geschrieben steht, muss nicht zwangsläufig die Realität der Menschen treffen.

Zuletzt zeigte dies der von Papst Franziskus in Auftrag gegebene Fragebogen in Vorbereitung zur Bischofssynode zur Familie (Beginn Oktober 2014, Fortsetzung Oktober 2015). Die Ergebnisse waren niederschmetternd. Nur ein Bruchteil der Katholiken geht mit den Vorstellungen der Kirche zu Ehe, Familie und Sexualmoral konform. Das horizontale Schisma wird immer stärker.

Es bröckelt aber auch an einer anderen Stelle: Über Jahrzehnte hinweg war das Verhältnis zwischen Staat und Kirchen sehr eng und durch einen breiten gesellschaftlichen Konsens getragen, ob z. B. bei der Schwangerschaftskonfliktberatung, dem Präimplantationsgesetz oder der Frage gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften. Doch mittlerweile gehen in diesen Fragen die Meinungen zwischen verfasster Kirche und der Politik immer öfter auseinander. Hinzu kommt noch, dass hier zwischen den beiden Großkirchen ebenfalls unterschiedliche Auffassungen bestehen. Und so hat die Gleichgültigkeit gegenüber kirchlichen „Lehrmeinungen“ auch seitens der Politik bzw. staatlicher Organe zugenommen. Wie passt ein freiheitlich-demokratischer Staat bzw. eine offene Gesellschaft zur kirchlichen (besonders katholischen) Morallehre?

Es sieht momentan nicht danach aus, dass die institutionelle Kraft der beiden Großkirchen jemals wieder so dominant sein

wird wie in den unmittelbaren Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg. Dennoch bleiben sie für den Staat und die Gesellschaft weiterhin wichtige Partner, die auch heute noch wirkmächtig sein können.

Wenn sich jedoch immer mehr Menschen von ihren Kirchen abwenden, weil sie mit deren Lehren nicht mehr einverstanden sind oder weil sie keinen Bezug mehr zu ihrer Kirche haben, schwindet zwangsläufig die Bereitschaft, Geld für ihre Kirche auszugeben.

Warum – fragen sich immer mehr – soll ich eine Steuer entrichten, wenn ich keine Bindung mehr zum Empfänger dieser Steuer habe? Schließlich zahlt eine solche niemand gerne freiwillig. Im Gegensatz zu den staatlichen Steuern muss der Bürger jedoch nicht zwangsläufig Kirchensteuer zahlen. Er braucht nur aus der Kirche auszutreten. 2013 wählten 178.805 Menschen diesen Weg und traten aus der katholischen Kirche aus. Teilweise spenden dann diese das Geld lieber für andere soziale Zwecke und Organisationen, die ihnen inhaltlich näher stehen.

In einer Zeit, in der das Thema Kirchenfinanzen aufgrund der erwähnten Vorkommnisse wieder stärker in den Fokus gerät, wollen wir mit diesem Buch die Diskussion versachlichen. Wir wollen aber nicht nur aufklären und darlegen, was eigentlich Sache ist, sondern, wo es nötig erscheint, auch kritisch und mahnend den Finger erheben. Wir werden in diesem Buch keine endgültigen pastoralen Antworten auf die Kirchenkrise oder Patentrezepte zu ihrer Überwindung geben können. Allerdings sind wir der Überzeugung, dass man den Komplex Kirchenfinanzen nicht isoliert von der pastoralen Wirklichkeit und den seelsorglichen Herausforderungen betrachten kann. Denn jede Kirchenkrise verschärft die Distanz zwischen dem Amt und den Gläubigen und führt gerade bei den kritischen sowie distanzierten Christen zu einer erhöhten Austrittsbereitschaft.

Wenn die „Bildzeitung“ über Wochen und Monate vom „Protz-Bischof in Limburg“ schreibt, setzt sich bei den Leserinnen und Lesern das Image einer mit Geld verschwenderisch umgehenden

Kirche fest. An den Stammtischen war dann das Thema: „Habe ich etwa die Badewanne für 25.000 Euro für den Herrn Bischof mit meiner Kirchensteuer bezahlt?“ Dieses Bild von Kirche führt auf mehreren Ebenen zu fatalen Entwicklungen für sie:

Die *Gläubigen* werden unsicherer. Wie kann es sein, dass der Bischof bzw. die Kirche nicht ordnungsgemäß mit dem Geld umgehen?

Die *Kritiker* fühlen sich bestätigt, distanzieren sich weiter, möglicherweise bis zum Kirchenaustritt.

Die *Neutralen*, die durchaus die kulturellen, sozialen und caritativen Leistungen der Kirchen anerkennen, überlegen sich, ob sie nicht doch für andere Organisationen spenden sollten.

Die *Medien* beobachten nicht mehr nur Limburg, sondern forschen auch in anderen Bistümern nach „Unregelmäßigkeiten“. Das ist nachvollziehbar, doch neigen sie auch zur Übertreibung und geben ein oft medial gefärbtes und nicht immer objektives Bild von Kirche wieder.

Politiker fragen sich, ob das gegenwärtige staatskirchenrechtliche System angesichts dieser Skandale auf Dauer noch tragfähig ist, zumal sie ihren Wählern verpflichtet sind.

All die genannten Skandale und Affären haben ab 2009 die katholische Kirche in Deutschland (und auch darüber hinaus) negativ beeinflusst. Vermehrte Kirchenaustritte gab es nach deren Aufdeckung nicht nur in Augsburg und Limburg, sondern auch in anderen Bistümern, sogar die evangelische Kirche war davon betroffen. Die Menschen differenzieren nicht nach dem eigentlichen Verursacher, sondern wenden sich pauschal ab.

Es besteht daher die Gefahr, dass die Kirchen dadurch zusehends an den Rand gedrängt werden und damit ihrem eigentlichen Auftrag nicht mehr gerecht werden können, sich den Menschen zuzuwenden, ihnen seelsorglich beizustehen, ihnen Trost und Mut zuzusprechen und ihnen in sozialer Not zu helfen. Und somit wollen wir mit diesem Buch auch Denkanstöße für kirchliche Entscheider geben.

Die Kirchenfinanzen – und für Deutschland dabei besonders die Kirchensteuer und die Staatsleistungen – waren und sind also in Abständen immer wieder das Thema von Zeitungen und politischen Magazinen. Nicht selten „wird damit aufgemacht“, d. h., bereits auf der ersten Seite wird mit suggestiven Schlagzeilen, die natürlich inhaltlich verkürzen, um potenzielle Leser geworben. Im Text der Artikel, nicht selten von „Quickanalytikern“ (Zitat von Daniel Deckers) verfasst, kommen dann oft Dichtung und Wahrheit durcheinander, so dass die Leser/-innen dadurch irregeleitet oder bestenfalls ratlos zurückgelassen werden.

Seit den späten achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts ist dieses Thema auch vermehrt Gegenstand von wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Tagungen. Es gibt mehrere Gründe hierfür, die möglicherweise für sich genommen noch nicht ausreichend gewesen wären, jedoch im Zusammenspiel zu diesem Phänomen geführt haben.

Ab den achtziger Jahren war unter dem Pontifikat Johannes Pauls II. ein innerkirchlicher „Umdrehprozess“ zu beobachten. Es schien so, als ob man in Rom die Ergebnisse des Zweiten Vatikanischen Konzils marginalisieren wollte. Signifikant waren in diesem Zusammenhang die in Form und Inhalt ähnlichen und zeitgleich (1988) vorgenommenen umstrittenen Bischofsernennungen in Köln, Salzburg und Chur, aber auch anderswo in der Welt. Mit diesen wollte man den Kurs der Kirche rückwärtsgewandt korrigieren. Das positive Image, das durch das Konzil die katholische Kirche in der öffentlichen Wahrnehmung genossen hatte, schwand damit. Und so scheute man sich nicht mehr, an ihr Kritik zu üben.

Mit der Wende 1989 und der Wiedervereinigung 1990 wurde die konfessionelle Struktur Deutschlands wesentlich verändert. Während in der alten Bundesrepublik die beiden Großkirchen eine eindeutige Dominanz besaßen, wurde nun durch die neuen Bundesländer das Phänomen der Konfessionslosen eine bedeutende Größe in der Religionsstatistik (siehe dazu auch S. 271). Es war also nicht mehr wie in der alten Bundesrepublik selbstverständ-

lich, Christ zu sein. Zeitgleich verstärkten sich Säkularisierungstendenzen vor allem in urbanen Milieus. Im Generationenübergang blieb man nicht mehr ohne weiteres Christ (bzw. wählte auch nicht mehr dieselbe Partei, gehörte nicht mehr demselben Verein an, führte das Tageszeitungsabonnement nicht weiter usw.). In diesem Windschatten agierten auch vermehrt militante antichristliche Personen und Gruppen, die das staatskirchenrechtliche System infrage stellten.

Um 1990 wurde zuerst in Spanien und dann in Italien die sog. „Kultursteuer“ eingeführt (siehe dazu S. 135f.). Dieses Modell der Kirchenfinanzierung übt seitdem auch im deutschsprachigen Raum vor allem innerkirchlich eine gewisse Faszination aus.

Diese und auch noch andere Gründe führten zu einer vermehrten öffentlichen Diskussion des Themas Kirchenfinanzen bzw. Kirchensteuer, die sich zusätzlich durch die erwähnten „Skandale“ ab 2009 steigerte. In zahlreichen Büchern, Zeitungen und Zeitschriftenartikeln wird mehr oder minder profund darauf eingegangen. In Talk-Shows wird darüber diskutiert. Dem gegenüber stehen wiederum wissenschaftliche Tagungen, die sich auf hohem Niveau dieses Themas angenommen haben bzw. annehmen.

Eine der ersten dieser Art war wohl die der Arbeitsgemeinschaft der Professoren und Dozenten der Kirchengeschichte an den Katholisch-Theologischen Fakultäten und Hochschulen Österreichs in Brixen (Südtirol) am 24./25. Oktober 1993, die – wie der Veranstaltungsort auch dokumentiert – nicht zuletzt unter dem Eindruck der gerade eingeführten italienischen „Kultursteuer“ stand. Aus jüngerer Zeit seien beispielhaft vier genannt:

Im September 2012 fand die Tagung „Grund und Grenzen staatlicher Religionsförderung unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Staat und katholischer Kirche in Deutschland und Europa“ im Erbacher Hof in Mainz statt. Sie wurde vom Seminar für Kirchenrecht, Kirchliche Rechtsgeschichte und Staatskirchenrecht der Universität Mainz (Prof. Matthias Pulte) und vom Institut für Staatskirchenrecht der Deutschen Bischofskonferenz Bonn (Prof. Ansgar Hense) veranstaltet.

Kurze Zeit später fand im Oktober 2012 die Tagung „Kirchenfinanzierung in Europa. Modelle und Trends“ an der Universität Graz statt, die vom Institut für Kirchengeschichte der dortigen Katholisch-Theologischen Fakultät (Prof. Rudolf K. Höfer) veranstaltet wurde.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung lud Mitte Oktober 2014 zu einer internationalen Expertentagung mit dem Titel „Geld, Gott und Glaubwürdigkeit“ ein, die entsprechende mediale Aufmerksamkeit erhielt. Und am 8. Dezember 2014 fand ein Actus Academicus der Philosophisch-Theologischen Hochschule der Kapuziner in Münster mit dem Titel „Betteln und Predigen. Wie arm soll die Kirche sein?“ statt. Gerade diese Tagung hat gezeigt, dass das Thema Kirchenfinanzen einen zusätzlichen, zweifelsohne von Papst Franziskus angeregten Schwerpunkt bekommen hat.

Das vorliegende Buch will dem Anspruch gerecht werden, das komplexe Thema Kirchenfinanzen in verständlicher Weise und sachgerecht darzustellen. Es beginnt als Einstieg mit dem Thema *reiche* und *arme Kirche* und einer Auflistung der üblichen Kritikpunkte am gegenwärtigen System der kirchlichen Finanzen. Hier ist zwischen „kirchenexterner“ und „kircheninterner“ Kritik zu unterscheiden. Es folgt dann ein *historischer Streifzug*. Vor rund 1500 Jahren begann mit der Taufe des merowingischen Frankenkönigs Chlodwig bei uns das Christentum, Strukturen anzunehmen. Unter dem hl. Bonifatius und Kaiser Karl dem Großen wurde eine große Zahl der derzeitigen Bistümer gegründet. Seitdem stellt sich hierzulande die Frage, wie Kirche bzw. deren Handeln finanziert wird. Was wir heute in dieser Sache vorfinden, hat daher einen langen Entwicklungszeitraum von mehr als 1000 Jahren hinter sich, der zu bestimmten Strukturen geführt hat. Das wird leider oft vergessen. Um Verständnis für die Gegenwart zu haben, muss man die Vergangenheit kennen. Das gilt übrigens nicht nur für diesen Bereich, sondern ebenso für andere, insbesondere auch für die Politik.

Einen entsprechenden Platz in der Darstellung nimmt die *Kirchensteuer in Deutschland* ein. Dies vor allem deshalb, weil sie in